

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei Bestellung außerhalb des Reiches monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19AII.
Verlagsdruckerei: Rütchel & Co. Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19AII.

Interate kosten die doppelte, Nonparillende oder deren Name 80 Pf., kleine Anzeigen das letzte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Censurumschlag 10 Proz. Familien- und Dienstverhältnisse (mit der Zustellung) sind der Zustellung fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Übergabe des Friedensdokuments am 7. Mai.

Die Friedensverhandlungen.

Versailles, 5. Mai.

Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianon-Palace-Hotel stattfinden werde.

Versailles, 6. Mai.

„Echo de Paris“ berichtet: Der Vertragstext ist im wesentlichen festgelegt und bereits im Druck, der in zwei Tagen beendet sein kann. Das Blatt nennt verschiedene Kapitel des Vertrages in ihrer endgültigen Form und Reihenfolge: 1. Einführung, 2. Grenzen Deutschlands, 3. Ansprüche bezüglich Grenzveränderungen, 4. deutsche Kolonien, 5. militärische, maritime und Luft-Kräfte, 6. Kriegsgefangene, 7. Beschlüsse gegen Wilhelm II. und alle schuldigen Deutschen, 8. und 9. Wiedergutmachungen und Finanzklausel, d. h. Feststellung dessen, was Deutschland schuldet, und seine Zahlungsmöglichkeiten, 10. Wirtschaftsklauseln, 11. Eisenbahnen und Schifffahrtswegen, 12. internationale Rechtsprechung, 13. Garantien, 14. allgemeine Ratifizierungsklauseln.

Die Vollmachten der deutschen Delegierten.

T. U. Amsterdam, 5. Mai.

Aus Paris wird gemeldet: Die internationalisierte Kommission, die die Untersuchung der Vollmachten der deutschen Friedensdelegation obliegt, kam am Sonntag morgen auf den Quai d'Orsay zusammen. Sie besteht aus Jules Cambon, Lord Curzon und Henry White. Die Untersuchung der Vollmachten bezieht sich vor allem auf die Grundlage der neuen deutschen Verfassung. Wenn irgendwelche Fragen gestellt werden müssen, so werden sie schriftlich an die deutsche Friedensdelegation gerichtet werden. Diese wiederum müssen von den Deutschen ebenfalls schriftlich zur Beantwortung kommen. Ebenso wird nach der Ueberreichung des Friedensvertrages verfahren werden.

T. U. Berlin, 5. Mai.

Der „Temps“ hat in einem Artikel behauptet, die deutschen Vollmachten für die Versailler Verhandlungen seien nicht erschöpfend. Dies trifft nicht zu, denn die Vollmachten sind vom Reichspräsidenten aufgestellt und vom Ministerpräsidenten gegenzeichnet. Da der Reichspräsident das Reich noch außen vertreten, haben die von ihm unterzeichneten Vollmachten absolute Gültigkeit. Die Auffassung des „Temps“, daß auch die preussische Landesversammlung die Vollmachten der deutschen Friedensdelegation hätte genehmigen müssen, ist unzutreffend.

Rückkehr Landsbergs und Giesberts.

Kolbamtlich wird mitgeteilt: Die von einem hiesigen Mittagsblatt gebrachte Meldung, die deutschen Delegierten hätten der französischen Regierung ein Ultimatum gestellt, wonach bis heute abend 5 Uhr ein endgültiger Vertrag gegeben sein müßte, bestätigt sich in dieser Form nicht. Dagegen trifft zu, daß voraussichtlich die Minister Landsberg und Giesberts wegen dringender Geschäfte heute abend nach Berlin zurückkehren, falls sich die Uebergabe des Vorfriedensvertrages noch weiter hinausgezögert sollte.

Einladung an Oesterreich-Ungarn.

Paris, 5. Mai. (Reuters.) Der Rat der Drei hat beschlossen, die Oesterreichischen und ungarischen Delegierten einzuladen, übermorgens nach Versailles zu kommen, um die ihre Länder betreffenden Friedensbedingungen in Campiana zu nehmen.

Kampfkellung der französischen Sozialisten

Versailles, 5. Mai.

„Humanité“ teilt mit, daß der Generalsekretär der Confédération général du travail Nourbaux sein Mandat als Delegierter der Arbeitervereine zum Protokoll gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz anlässlich der Majestätsfeier niedergelegt hat. Da die französische Regierung den Arbeitern die Freiheit verweigert, könne der Vertreter der Arbeiter auf der Pariser Konferenz ebenfalls keine

Freiheit besitzen. „Humanité“ beschuldigt Nourbaux in dieser Handlung.

Der Administrationsausschuß der Sozialistischen Partei erwiderte infolge der Zwischenfälle bei der Majestätsfeier die sozialistischen Deputierten und Regierungskommissare für Ackerbau und Handelsmarine Comptoremorel und Bouillon, ihr Regierungsamt sofort niederzulegen. Beide sind dieser Aufforderung unverzüglich nachgekommen. Im Laufe des letzten Ministerrats gab Clemenceau selbst Klärung bekannt. Kein Sozialist ist mehr Mitglied der französischen Regierung.

Amsterdam, 5. Mai.

Die „Nieuwe Handelsblad“ aus Paris meldet, werde der nächste Donnerstag, an dem Cachin wegen der Vorkänge am 1. Mai eine Interpellation an die Regierung richten werde, für sie vielleicht ein kritischer Tag werden, um so mehr, als Clemenceau bereits angekündigt hat, daß er an diesem Tag nicht in der Kammer anwesend sein werde.

Rückkehr der Italiener.

Paris, 5. Mai. (Havas.)

Der italienische Botschafter in Paris teilte den Regierungschefs der Alliierten mit, daß Orlando und Sonnino im Laufe des Abends aus Rom abreisen und Mittwoch morgen wieder in Paris eintreffen werden.

Russische Forderungen an Rumänien.

Paris, 5. Mai. (Havas.)

Dem „Temps“ zufolge wird in einem russischen, von der Sowjetregierung am 2. Mai verbreiteten Rundbrief der Wortlaut eines zwischen den ukrainischen und russischen Bolschewisten gegen Rumänien geschlossenen Bündnisvertrages veröffentlicht. Die beiden bolschewistischen Regierungen fordern die sofortige Räumung Besarabiens, Rückgabe des von den Rumänen beschlagnahmten russischen Militäreigentums sowie Rückübernahme der in Besarabien vorgenommenen Requisition. Zur Beantwortung ist eine Frist von 48 Stunden angesetzt. Bei Nichtbeantwortung behalten sich beide Regierungen volle Handlungsfreiheit gegen Rumänien vor. Der Rundbrief ist von Tschitscherin und Rakowski unterzeichnet.

Sozialdemokratische Wahlsiege in Oesterreich.

Wien, 5. Mai.

In den Gemeinderat wurden nach amtlicher Meldung gewählt: 108 Sozialdemokraten, 50 Christlichsoziale, 8 Tschechoslowaken, 3 Deutschnationale, 3 Jüdischnationale und 1 vereinigte Demokrat.

In die niederösterreichische Landesversammlung wurden gewählt in Wien: 40 Sozialdemokraten, 22 Christlichsoziale, 1 Deutschnationaler, 4 tschechische Sozialdemokraten und 1 Jüdischnationaler. Auf dem flachen Lande wurden gewählt: 20 Sozialdemokraten, 26 Christlichsoziale, 6 Deutschnationale.

Der geeignete Mann.

In der von der preussischen Landesversammlung zur Untersuchung über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen eingesetzten Kommission sollte am Sonnabend auch der Major Stephani vernommen werden, er war aber nicht erschienen, weil der Herr Major zur Wiederherstellung parlamentarischer Untertug nach Bayern gerufen worden ist. Sogar Herr Stephani schreibt eine Untersuchung wegen der von ihm angeordneten Erschießung der sieben „Vorwärts“-Parlamentäre. Diese Erschießung qualifiziert sich als glatter Mord. Und obgleich die Untersuchung wegen einer solchen ungeheuerlichen Tat gegen den Major schreibt, obgleich der Mann eigentlich längst festgenommen sein sollte, wird er nach Bayern gerufen zur Unterdrückung „parlamentarischer Untertug“. Er ist der geeignete Mann.

Ein Rechtfertigungsversuch der Militärpartei.

Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes weiß, daß die Schuldigen des furchtbaren Völkermordens sitzen; ohne den Staatsgerichtshof abzuwarten, hat es sein Urteil über die brutalen Mordtäter gefällt. Wenn die Ludendorff-, Tirpitz- und Falkenhayn heute trotzdem volle Freiheit genießen und in aller Ruhe an Rechtfertigungsbüchern schreiben, so verdanken sie das den Verrätern an der deutschen Revolution, die im Besitze der Regierungsmacht die großen Staatsverbrecher hüten und schützen, während die Kämpfer der Revolution im Kerker schmachten.

Die bürgerliche Presse und ihr Publikum warten mit großer Ungeduld auf das Unschuldsurteil ihrer Gelder-Ludendorff schreibt, Tirpitz greift zur Feder und auch Falkenhayn, der Regisseur des monatelangen Blutbades bei Verdun, will sich mit Unte weitwooken. Was aber bei diesen Rechtfertigungsversuchen herauskommen wird, können wir schon deutlich genug ersehen aus einer kleinen Schrift, die ein Mann der Obersten Heeresleitung, Oberst Bauer (Monaten vor dem Krieg vermeriden, gewonnen, abbrechen? Verlag Scherl, Berlin, 70 Seiten, Preis 2,20 M.), kürzlich veröffentlicht hat und die von der nationalistischen Presse begeistert gelobt und als ein Vorläufer des Ludendorffbuches bezeichnet wird.

Oberst Bauer ist in der Tat ganz Ludendorff! Die Art, wie er die drei von ihm aufgeworfenen Grundfragen beantwortet, zeigt, daß die Militaristen — wie auch gar nicht anders zu erwarten ist — nichts gelernt und nichts vergessen haben. Man erwarte nur nicht, daß diese Leute zu einer höheren Einsicht kommen! Alle historischen Tatsachen sind niedertrachtend, wiederholen sie alte Märchen, um ihr verderbliches Treiben in ein günstiges Licht zu rücken.

Wie bequem macht es sich doch Oberst Bauer! Als echter preussischer Militär geht er immer den kürzesten Weg, ganz gleich, ob es ein halbrocherischer Irrweg ist. Die deutsche „Kriegserklärung“ war nichts anderes als ein Akt der Notwehr, und die Frage: „Wie sah der Krieg vermeriden?“ beantwortet der Mann mit einem glatten: „Nein, denn die Gegner suchten ihn.“ Mit diesen Behauptungen glaubt Bauer die Ungeheuerlichkeit des österreichischen Ultimatum an Serbien, die übereilte Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich — weil in dem alten Schlieffen'schen Schlachtplan der Hauptangriff gegen Frankreich vorgesehen war! —, die gewissenlose Nichtachtung des letzten Grenschiffen Vermittlungsverschlages durch die deutsche Regierung aus der Welt schaffen zu können! Die Verteidiger des alten Militarismus haben alle Ursache, diese ehernen Tatsachen zu vertuschen, denn die deutsch-österreichische Militärpartei ist eine der Hauptschuldigen daran, daß die Dinge im Juli-August 1914 den verhängnisvollen Verlauf nahmen.

Wie weit die Vertuschungskünste der Militaristen gehen, beweist Oberst Bauer mit der Frage, ob wir denn überhaupt eine „kriegskluge Militärkaste“ hatten. „Wer soll denn zu ihr gehört haben? Bitte Namen nennen!“ Es fällt einem schwer, angesichts dieser dummdreisten Frage ernst zu bleiben. Aber wir wollen dem gedächtnischwachen Oberst einige Namen nennen, die ihm nicht unbekannt sein dürften. Da ist das Haupt der einstigen Militärkaste, „der weiche, aber edel denkende, gottesfürchtige Kaiser Wilhelm“, der den Dreizod und die gepanzerte Faust immer wieder drohend gegen eine „Welt von Feinden“ erhob, der immer von neuem an den saror Teutonien appellierte, da ist sein Sohn „Kette druff“, da ist die große Zahl seiner kriegslustigen Generale, von denen wir nur den Herrn v. Bernhardi, dessen Schriften Englands während des Krieges in Millionenauflagen zur Kenntnisnahme des deutschen Angriffsgelstes verbreiten ließ, da ist die große Zahl der Wehrvereins- und Flottenvereinsagitatoren, Generale, Admirale an der Spitze. Doch genug! Wir sind schließlich nicht dazu da, einem Mann „vom Bau“ die bekannte Standalchronik des preussisch-deutschen Militarismus zu erzählen.

Aber die Vertuschungskünste Bauers treibt noch düstlere Mitten, er begnügt sich nicht damit, aus der kriegsklugen Militärkaste ein Kriegerbild zu machen, er macht aus den Valentini und Müller, den Leitern des Zivil- und Militärkabinetts Wilhelm II., „echte Vazifisten“ auf Grund ihrer

„Erlöschen der Aufklärung“. Vertha v. Suttner wird sich ab
Heier Entdeckung im Grabe umdrehen.

Den Bruch der belgischen Neutralität begründet Bauer
mit der alten strategischen Notwendigkeit. Der einzige Fehler
der deutschen Regierung sei gewesen, daß der militärische
Plan nicht genügend durch eine diplomatische Aktion unter-
stützt und die „Völkerrechtliche Begründung des Einmarsches“
nicht wirksam genug verbreitet worden sei. Man
hofft, die Militäristen sind in Völkerrechtsfragen immer
noch von derselben Stumpfsinnigkeit erfüllt, wie sie einst
treffend geheißen hat; erst brutal getreten, benutzen sie
denach das Völkerrecht „immer treuherzig zur Rechtfertigung
eines Kriegszuges“. Aber dem deutschen Volke, dem
heute dem Ausland gegenüber allein die moralische Macht zu
Gebote steht, ist mit solcher Moralauffassung nicht ge-
nügt.

Vermelden konnte also Deutschland den Krieg noch der
Meinung der Militäristen nicht. Gewinnen konnte es ihn
auch nicht. Warum? Weil Deutschland in den letzten Jahr-
zehnten nicht genug gerüstet hat, weil die deutsche Krieg-
führung noch nicht energisch genug war, der unbeschränkte
U-Boot-Krieg noch nicht so weit und länger wirken mußte,
weil die Disziplin nicht streng genug gehandhabt wurde,
weil die Genjur nicht immer nach den Wünschen der Ober-
sten Heeresleitung arbeitete, weil der innere Feind unter
dem Belagerungszustand noch zu lebendig war; kurz,
Deutschland verlor den Krieg, weil die militärische Pla-
nung noch zu unvollkommen war. „Die ungeheure militä-
rische Vorgesellschaft in der Heimat wurde überhaupt nicht
ausgenutzt“, die Herr Hertling war schlapp; ihre Politik
war „die faule Kompromisse und restlosen Nachgebens“. Wäre
die innere Reaktion stärker gewesen, dann könnten wir
heute noch auf der kürzeren Axt der — Raas-Rinie
Krieg führen, wir könnten weiterkämpfen bis in den Som-
mer. Welche herrliche Perspektive! Was aber dann? Für
die Militäristen ist und bleibt der Krieg ein Herberennen,
ein Glück, ein Hofadspiel. Wir haben den Krieg durch
eigene Schuld um eine Nasenlänge verloren. Die eine
Nasenlänge ist das einzige Argument, das Oberst Bauer
für die Fortsetzung des Krieges ins Feld führen kann. Auf
eine derartige windige Spekulation, der alle realen Tat-
sachen gegenüberstanden, wollte die „Kriegsblutige Militä-
rpartei“ weiter das Schicksal des deutschen Volkes bauen!
Ein Glück, daß Oberst Bauer im Herbst 1918 mit den
Kasernen abrechnete!

Nach alledem kann man natürlich nicht erwarten, daß
der Verteidiger der Obersten Heeresleitung zu irgend einer
Zeit des Krieges einen Verständigungsfrieden für möglich
hält. Er übergeht die Verhandlungsbereitschaft der Gegner-
schen im August 1914, dann im Frühjahr und Herbst 1915,
er rechtfertigt die provokierenden Machtfriedensangebote
Wilhelms II. damit, daß die Eroberer drüben ja noch mehr
forderten. Mit solcher Beweisführung läßt sich freilich
jedes Verbrechen rechtfertigen!

Diese erste Verteidigungsschrift der Militärvorteil läßt
Man auf den Inhalt der folgenden schließen. Ludendorff
wird das Stichwort aufnehmen und weiter anwenden, daß
der Oberst Bauer ihm in den Mund gelegt hat: „Luden-
dorff ist schuldig, aber nicht, weil er zuviel gewollt und ein-
gegriffen hat, sondern zu wenig. Er hätte nötigenfalls
unter Operation seiner Verlor das Ultimatum stellen
müssen, daß im Innern rechtzeitig Ordnung geschaffen
würde.“ Das heißt, die Konterrevolution hätte sofort ein-
setzen müssen. Zu diesem Schlag fühlte sich die Reaktion
im November 1918 nicht stark genug. Es mußten erst die
Scheidemann, Ebert, Landberg, Noske an die Spitze kom-
men, um den reaktionären Ordnungstüftlern das blutige
Sanktionswort zu ermöglichen. Unter diesem Regime können
die Schuldigen des Weltkrieges läßt das Haupt erheben,
und der Staatsgerichtshof dieser Regierung wird als No-
modie enden. Aber das Proletariat wird noch einmal ab-
rechnen mit den Anstiftern und Schürern des Weltkrieges,
genau wie mit den Verrätern an der Revolution.

Kriegsberichterstattung aus München.

Ein halbes Jahr lang hat Schmod zu Hause sitzen
müssen. Nun will er wieder auf den Kriegsschauplätzen
und meldet dem aufstrebenden Publikum, was es Neues
dort zu sehen gibt. Es ist wie in der Hochkonjunktur der
Kriegszeit; seitlang sind die Schilderungen über die
Kämpfe, über alle Einzelheiten des Schlachtens und
Wardens. Als Beispiel von vielen sei wiedergegeben, was
der auf den bayerischen Kriegsschauplatz entsandte Sonder-
berichterhalter des „Volksworters“ erzählt:

Und das Schiefen wird immer gewaltiger. Aus allen
Einzelrichtungen blinkt und donnert und brüllt es.
Die Stadt, die verdorrte, ausgehungerte Stadt, stöhnt und stöhnt
wie ein Orlan. In einer Seitenstraße spielen Soldaten aus
drei Feldzüge hungrige Kinder. Da — was ist das! Zwei
Herde sinken getroffen in sich zusammen. Der leere Magen
schmerzt, der Hunger steht auf und trägt aus den Wohnungen
und Scheiben — schneidet ins rote Fleisch der Kobolden...
Welt! Angst, Hunger, Schreden, Wahnsinn —
die Bestien nagen zu lange schon am Herzen der Menschen.
„Erstickung!“ schreien sie, „Erstickung!“ Und die Augen, die
die Befreiung bringen sollen, sausen weiter
die Straße entlang; sie erschauern, aber sie säubern, sie
nagen an und sie rücken, sie sind wie ein furchbares Straf-
gericht!

Saben dort drüben eben nicht Weiber aus den Fenstern ge-
schossen? „Ginein! Ginein!“ Und sechs Infanteristen schlagen
das Haus ein, dringen lächelnd herein und lassen zu, wie
mit eisernen Klammern. Es haben wirklich zwei bedröhte
Weiber geschrien. Der Fanatismus feiert Orgien; sie
hüben ihr Leben, weil sie die tabuige Entwürdigung der
Dinge nicht abwarten konnten. Auf der Straße liegen
sie in ihrem eigenen Lute.

Als Heberkerl hätte über diese Schilderung eben-
so gut wie jetzt München, der Name irgendeiner feirlichen
Stadt stehen können, über die der deutsche Militarismus
im Weltkrieg gekommen ist. Damals waren es Belgier,
Franzosen oder Russen, heute sind es deutsche Arbeiter.
„Reinde“ oder sind sie oße. Und wenn erst der Bürger
diese grausamen Bilder gesehen hat, dann ist er reif für die
Entgegennahme der Schredensberichte über die Erstickung
der Weisen.

Er ist auch reif dazu, im Weide mitthandelnd teilzu-
nehmen an der Erstickung oder Erstickung der Adels-

fürter“. Der Redakteur der „Neuen Post“, der Kommit-
tist Mal-Sünter, ist standrechtlich erschossen worden. Son-
heimer, der angeblich flüchten wollte, wurde niedergeschossen,
wahrscheinlich auf dieselbe hinterlistige Art wie Karl Vieh-
fuchst, Lojowski und andere Verhaftete, die gleichfalls „auf
der Flucht“ erschossen wurden. Landauer, der ein Mensch
von reinem Wollen war, ist von den weißen Gardisten erst
festgenommen, und dann einer vertierten Bürgermenge
ausgeliefert worden, die den Weisheiten tolschlug. Die Mel-
dung, daß Landauer mit dem Leben davongekommen ist,
hat sich leider nicht bestätigt. Noch eine ganze Anzahl
anderer Führer aus der Münchener Arbeiterbewegung ist
niedergemacht worden. In den medizinischen Instituten
und auf den Friedhöfen lagen bis zum Montag schon etwa
250 Tote aus den Straßenkämpfen und standrechtlich Er-
schossene.

Das alles lieft der honette Bürger aus seinem
Morgenblatt, und er freut sich darüber, daß die Befreiung
Münchens so glatt vor sich ging, daß zwar der Pöbel viel
Blut hat lassen müssen, seine eigene Klasse aber glimpflich
davongekommen ist und der Neubefestigung ihrer Privi-
legien hoffend entgegenzusehen darf. Aber nicht nur in der
bürgerlichen Presse treibt Schmod selbst bei diesem trauri-
gen Anlaß sein Unwesen. Wir finden seine Gattung auch
im „Vorwärts“. Das Zentralorgan der Rechtssozia-
listen hat in seiner Montag-Abendausgabe zu den Mel-
dungen aus München nichts weiter zu sagen, als folgendes
Geschichtchen zu erzählen:

Unter den in München eingelieferten Gefangenen befand sich
der 19 Lenge zählende Graf Gottfried von Schwarzin.
Er sagte aus, daß er infolge Stellunglosigkeit gezwungen
worden sei, sich der roten Garde zur Verfügung zu stellen. In-
folge Meinungsverschiedenheiten seien ihm drei Rippen
erschlagen worden. In der roten Garde zu dienen, wird sicher-
lich in den feudalen Kreisen der jungen Herren nicht als „standes-
gemäß“ angesehen werden; hoffentlich aber verhofft ihm die
Zerkocher, daß er sich für seine Ueberzeugung drei Rippen hat
erschlagen lassen, die Wiederaufnahme durch seine Klassen-
genossen. Wir fingen und fagen vom Grafen so gern...

Wiederum müssen wir zeigen, wie ein schweizerisches
bürgerlich-demokratisches Blatt über den Sieg von München
urteilt. Die „National-Zeitung“ in Basel hat in ihrer
Freitagnummer, daß die Sieger entschlossen seien, keinen
Gardisten zu geben. Zweifeltlos werde die Nachhut der Er-
schredten häßliche Formen annehmen, von denen freilich der
tendenzlose offizielle Regierungstelegraph nicht meiden
werde. Das demokratische Blatt hat richtig vorausgesagt,
wir erfahren offiziell nur die ausföhrlichen Nachrichten
über die Erschießung der Weisen, dagegen wird über die
Taten der weißen Gardisten der Schleiher der verstehenden
und vergessenden Liebe gedeckt. Die „National-Zeitung“
sagt dann:

Deutschland ist es, das von den Siegern in Paris
Rahung Wilder erhofft und erfordert; es wäre wünschenswert,
daß jenes Deutschland das im inneren Kriege siegreich ist, der
Pariser Konferenz nunmehr ein Beispiel gibt. Selbstverständlich
soll Nord und Süd nicht toleriert werden und nicht straflos
bleiben, doch es heißt eine Revolution beschwören,
wenn man mit Regel und Mel gegen besiegte politische Gegner
wütet. Das ist es, was Noske und seine Gardisten mit der De-
generation des alten preussischen Militärgenies nicht verstanden
haben; hoffentlich versteht es Herr Hoffmann und sein Generalis-
mus Epp besser.

Die Hoffnung des Wasser Blattes wird nicht in Er-
füllung gehen. Herr Hoffmann, der jede Verständigung
mit der Münchener Räteregierung abgelehnt und den
Noskegenerälen unbeschränkte Vollmacht zur Nieder-
werfung der Revolutionäre erteilt hat, ist bereits am Werke,
um den Geist des preussischen Militarismus, den Geist der
sinnlosen Gewalt, polkoyunen in Bayern heimisch zu
machen.

Volles Endernehmen zwischen Noske und Schnepfenhorst.

Berlin, 5. Mai.
Heute nachmittag fand zwischen Reichswehrminister Noske und
dem bayerischen Militärminister Schnepfenhorst eine Aussprache
über die Bildung der Reichswehr in Bayern statt. Ueber den von
dem bayerischen Militärminister vorgelegten Entwurf zu den
bayerischen Ausführungsvorordnungen zum Gesetz über die
Bildung einer vorläufigen Reichswehr ist
volles Endernehmen erzielt worden.

Der erste Schwindel aufgedeckt.

München, 5. Mai.
Die Münchener Zeitung ist zu der Erklärung ermächtigt, daß
sowohl die bayerischen wie die geschlossenen
Depots bei den Münchener Banken unversehrt geblieben
sind. Die von den russischen Mitgliedern der Räteregierung ge-
plante Entziehung scheiterte an dem Widerspruch der Be-
triebsräte der Banken.

Der neueste Heeresbericht.

München, 5. Mai.
Am Sonntag nachmittag setzte wieder heftiges Maschinen-
gewehrfeuer ein, bald hürte man wieder Schläge von Kanonen
und Mörsern. Der Kampfplatz lag aus dem Nymphenburger
Viertel. Dort wurde heftig aus rückwärts gelegenen Häusern ge-
schossen. Der Kampf war sehr hartnäckig. Es wirkten auch Auf-
klärungsflieger mit, um das Feuer auf die hinter den
Kasernen gelegenen Kester zu lenken. Auch in der Gegend des
Rottkreuz-Platzes kam es in den Nachmittagsstunden des Son-
tags zu heftigen Kämpfen, die mehrere Stunden an-
dauerten. Als eine Abteilung Soldaten mit einer Regiments-
kapelle von der Beerdigung eines gefallenen Offiziers zurückkam,
wurde in der Nähe des Rottkreuz-Platzes darauf geschossen. Diese
Schüsse waren das Signal zu einer allgemeinen Schie-
ßerei, die sich wie ein Flugfeuer durch das ganze Viertel ver-
breitete. Dabei traten auch Panzerautos in Aktion. Am er-
bitterten war der Kampf um das Reservelazarett C an der Schul-
straße. Dort schossen Vermunbere aus den Fenstern, aus den
gegenüberliegenden Häusern wurde ebenfalls geschossen und Hand-
granaten geworfen. Schließlich gelang es den Regierungstruppen,
die Sportplatzstraße auszuheben. Gegen 100 Ge-
fangene, darunter auch Frauen, wurden, die Hände
am Hinterkopf, unter harter Bewachung ins Militärla-
zarett gebracht. Aus dem Lazarett wurden 70 Bewohrer und ein
Maschinengewehr herausgeholt. Abschließend ging es auch bei dem
Lazarett zu. Ueber die Gesamtzahl der bis-
herigen Opfer liegen noch keine zuverlässigen Nachrichten
vor. Berleht wurden nach den bisherigen Berechnungen rund

100 Soldaten und Zivilpersonen. Im gerichtlichen
nischen Institut und in den einzelnen Friedhöfen lagen bis zum
Montag etwa 250 Tote.

Regierung und Generalität.

In Bayern in Westfalen herrscht noch immer der
schärfste Belagerungszustand. Ein General beherrscht alles mit
gange weise Feld der öffentlichen Gewalt. Da kommt es
eine Vergewaltigung mehr oder weniger nicht an. Dieser Ver-
gewaltigung unterlag auch unser dortiges Parteiblatt, die „Sozial-
stimme“ für Westfalen und Sauerland. Sie wurde kurzerhand ver-
boten. Der Geschäftsführer und der leitende Redakteur, Gen-
Strauss, führten darauf nach Dortmund zum Reichs-
kommissar Severing, der beiden Genossen die Befreiung gab,
daß das Blatt weiter erscheinen dürfe. Als sie diesen Befehl
dem General mitteilten, wurde ihnen eröffnet, wenn die
„Sozialstimme“ trotz seines Verbotes erscheine, würden die Ge-
schäftsführer und Redakteur verhaftet. Was kümmert den Herrn
General auch die Anordnung eines simplen Reichskommissars?
Unter dem Belagerungszustand hat er allein zu gebieten.

Dem Reichskommissar Severing, dem die Antwort des Gen-
erals mitgeteilt wurde, scheint diese Selbstherrlichkeit doch
wenig über die Haut zu gehen. Er gab der Redaktion an,
der Geschäftsführung den Befehl, sie sollten es darauf ankom-
men lassen, das Blatt solle weiter erscheinen. Dieser Wille
von seinem Posten zurücktreten, als hier nachgeben. Severing
will sich auch an die Regierung und direkt an Noske wenden.

Selbstverständlich wird die Generalität versuchen, der Re-
gierung nachzuweisen, daß ein Eingreifen der Regierung
einer ganzen Reihe von Gründen nicht gebräut werden darf.
Spannung darf man jedoch sein, ob die Regierung es wagen
wird, der Generalität entgegenzutreten.

Der Krebsbubden der Freiwilligenverbände.

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat
sich an den Reichswehrminister Noske gewandt, keine weiteren
Verbände für die Freiwilligenformationen auf dem preussischen
Landes vornehmen zu lassen. Der Wunsch des Landwirtschafts-
ministeriums wird damit begründet, daß die Reuleno auf dem
Landes noch sehr stark sei. Es gäbe heute noch Wälder, die
wegen Arbeitermangels von dem bebauten Boden ein Drittel
mehr brach liegen lassen müßten. Die Anstrengungen, Arbeiter
in großen Massen auf das Land zu bekommen, hätten daher nur
geringen Erfolg gehabt. Es sei deshalb unzulässig, die auf dem
Landes befindlichen Arbeitskräfte durch die Werbung für die Frei-
willigenverbände noch zu vermindern.

Der Zustrom zu den Freiwilligenverbänden vom Lande
war bisher sehr groß. Einmal lag dies an der Unausgeglichenheit
der Landbewohner, zum anderen aber auch daran, weil bei
Rückstun bei den Freiwilligenverbänden, die gute Kost und
die hohe Löhne die Männer auf dem Lande verführten, den
Freiwilligenverbänden beizutreten. Es ist ein Starbald ohne
gleichem, daß auf diese Weise der Landwirtschaft die notwendigen
eingearbeiteten Kräfte entzogen werden, um in den Städten un-
produktiv tätig zu sein, während zu gleicher Zeit die städtischen
Arbeiter, die von der Landwirtschaft keine Abnung haben, auf
Land gewiesen wurden. Die deutsche Volksernährung ist durch
diese Maßnahmen nicht unerheblich gefährdet worden. Es ist
auch sehr noch, trotz der Maßnahme des Landwirtschaftsmini-
steriums, schwer halten, die Landarbeiter und Bauernsöhne, die bei
den Freiwilligen dienen, wieder ihrer eigentlichen Beschäftigung
zuguföhren. Die militärischen Machthaber werden sich am besten
dagegen sträuben, weil sie in den bäuerlichen Elementen eine
treffliche Stütze zur Ausführung ihrer reaktionären Politik sehen.

Maßregelung aus politischen Gründen?

Wir erhalten folgendes Telegramm:

München, 4. Mai.
Der Wahlverein der Unabhängigen Sozialdemokraten in
München protestiert hierdurch aufs schärfste gegen die
Maßregelung eines Mitglieds, des Referendar
Döbbele. Dem Genossen Döbbele ist am 2. Mai vom Land-
gericht München ohne Angabe von Gründen mündlich mitgeteilt
worden, daß er auf Anordnung des Oberlandesgerichts in
Königsberg innerhalb von acht Tagen seinen Auf-
scheid nehmen solle. Gegen Döbbele schwebte auf Grund
eines verurteilten Vorwurfs der „Münchenzeitung“
vom 17. Januar 1919 ein Dienstausschließungsverfahren.
Nur durch Beurlaubung präventiver Vernehmungen und politischer
Beratung gegen Gen. Döbbele ist dieser Akt politischer Maß-
regelung zu erklären.

Unabhängiger Wahlverein München.

Mitglieder der Partei gingen an den preussischen und den
Reichsjustizminister, an die National- und Landesver-
sammlung und an den Reichskommissar Wienig. Der
Vollzugsausschuß der Arbeiterräte des Regierungsbereichs Mün-
chen und der Wahlverein der Sozialdemokratischen
Partei in München haben sich durch selbständige Tele-
gramme an die Landesversammlung und den „Vorwärts“
diesem Protest angeschlossen.

Gen. Döbbele ist seit Ausbruch der Revolution in Ob-
druhen für die Sache des Sozialismus tätig. Es ist unzulässig,
daß eine vorgehende Behörde mit solchen Mitteln in den
politischen Kampf eingreift und die Sache der deutschen
Nationalen und der Zentrumspresse gegen einen politischen
Gegner unterstützt.

Ein deutsches Arbeitsgesetz.

Der Reichsarbeitsminister Noske wies am 3. Mai vor dem
Arbeitsausschuß zur Neuordnung der gesamten Arbeitsver-
hältnisse auf die Bedeutung eines Gesetzes hin, daß das gesamte Ar-
beitsrecht mit Einschluß des Tarifrechts und des Koalitionsrechts
regeln werde. Bei gemeinverständlicher Sprache und leicht über-
sichtlichem Aufbau werde das ganze Gebiet mit einheitlichen
Grundgedanken zu durchdringen sein. Danach sollen alle Gebiete
der Arbeitsbeziehungen in einem deutschen Arbeitsrechtbuch ge-
sammelt werden. Als Teile des Arbeitsrechts sind zu be-
trachten: Der Arbeitsvertrag, die Arbeitsgerichte, die Arbeitsver-
fassung, die Arbeitsverwaltung und die soziale Selbstbestimmung
(Koalitionen, Koalitionsrecht, Lohnkämpfe, Tarifverträge und Ar-
beitsgemeinschaften). In den Arbeitsauschuß sind eine Anzahl
bürgerlicher Sozialpolitiker berufen worden.

Ob es notwendig ist, gerade jetzt soviel Zeit und Kraft
an ein Paragrafenwerk zu wenden, für das die Grund-
lagen noch gar nicht sicher sind, will uns einigermassen
zweifelhaft erscheinen. Nur wer die Revolutionen
unverändert Wirtschaftswesens schon für abgemakelt

mit der kann manchen, daß die augenblickliche Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß endgültig in Paragraphen festgelegt werden könnte. Kennzeichnend für die Anschauungen des Herrn Bauer ist, daß er das Rätekriterium in seiner Ansprache überhaupt nicht erwähnt.

Keine polnischen Angriffsbahnen.

Eine Erklärung Paderewskis.

Auf die an Marshall Koch gerichtete Note des Reichsministers Bezberger über die polnischen Angriffsbahnen teilte die französische Kommission in Spa am 4. Mai mit, der Chef der polnischen Regierung, Paderewski, betriebe auf das entschiedenste, daß die polnische Regierung Angriffsbahnen auf Polen und Oberschlesien habe. Er habe erklärt, daß dort keine polnischen Streitkräfte entsandt worden seien. Wenn dort Beweismomente festgefunden hätten, so seien es nur kleine örtliche Abteilungen gewesen, welche die Ablösung oder die Verpflegung von dort befindlicher Truppen auszuführen gehabt hätten. Soweit Paderewski bekannt sei, befände sich keine polnische Truppe in Oberschlesien, es sei denn in der Gegend von Teichen, an welcher Deutschland kein Interesse habe. Im übrigen habe Paderewski erklärt, daß Polen in jeder Hinsicht das mit Deutschland geschlossene Waffenstillstandsabkommen einhalten werde.

In der letzten Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung war bereits Genosse Cohn den Verhandlungen der Regierungsovertreter über die angeblichen Angriffsbahnen der Polen entgegengetreten. Die Regierung hörte aber nicht darauf, sondern sie ließ ihrem Erzberger wieder eine Note an die Entente richten. Deren Antwort ist eine neue Blamose für die Regierung.

Unruhen in Straßburg.

Straßburg, 5. Mai.

Mehrerer vormittag kam es hier zu Unruhen, die ihre Ursache in unbedachten Äußerungen von Fischbändlern am Hafen hatten. Die Menge zog vom Hafen nach der Innenstadt, wo mehrere Geschäfte geplündert wurden. Gegen Mittag konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Am Freitagmorgen sind Truppen nach Straßburg zur Aufrechterhaltung der Ruhe abgegangen.

Straßburg, 5. Mai.

Das Warenhaus Reed befreit den Schaden, den es von den gestrigen Unruhen erlitten hat, auf mehrere Millionen Mark. Am Sonntagabend kam es zu neuen Plünderungen. Die Menschenmenge zerstückelte den Eingang des Warenhauses reich mit Handgranaten und raubte es aus, wobei scharfe Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Personen aus der Menge verwundet und eine getötet. Ferner wurden drei Soldaten, die dem Reichswehrbataillon angehören, verwundet. Die Schießerei dauerte bis 4 Uhr morgens. Am heutigen vormittag sammelte sich abermals eine große Menge und nahm eine drohende Haltung gegen das Warenhaus Wertheim. Die Unruhen dauern fort.

Ob die amtlichen Meldungen die Ursachen für diesen Unruhen richtig schildern, muß nach den üblichen Erfahrungen die bisher mit ihnen gemacht wurden, abgewartet werden. Eigentümlich berührt es schon, daß durch die offizielle Darstellung der Anzeichen erweckt wird, als wenn aus der Menschenmenge scharfe Schüsse abgegeben worden seien; durch sie sind aber merkwürdigerweise zwei Personen aus derselben Menge verwundet und eine getötet worden. Ob nicht, wie in Stettin, auch in Straßburg aufgebehte Regimentsoldaten die Hauptschuld an diesen Vorkommnissen tragen?

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landtagssammlung wegen der Unruhen hörte gestern das Mitglied der Nationalversammlung Emil Stahl über die Unruhen in Straßburg und eine Reihe von Augenzeugen über die Vorgänge in der Truppenkaserne am 11. Januar.

Die nächste Sitzung wurde mit Rücksicht auf den Prozeß wegen der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf Montag, den 12. Mai, angelegt.

Der amerikanische Kongreß.

Washington, 6. Mai. (Kanad.) Laut Blättermeldungen wird Wilson den Kongreß auf den 1. Juni einberufen.

Die amerikanischen Truppenstruppen.

Amsterdam, 6. Mai.

Einem drablosigen Bericht der Niederländischen Telegraphenagentur aus Washington zufolge wird vom Kriegsamt beauftragt, die Absicht besteht, noch Untereinheiten des Friedendarmes amerikanische Truppen länger in Deutschland zu lassen, durch die Schiffsverkehrsbedingung wird. Man hofft, alle in Europa befindlichen amerikanischen Truppen im September auf den Vereinigten Staaten zurückgebracht zu haben.

Sitzung des Volkstages.

Der Fall Richter.

Der Volkstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Fall Richter, die zur Schlichtung der letzten Volkstagesammlung geführt haben. Die Vorgänge selbst sind durch die Verhandlungsberichte bereits bekanntgegeben. Dem Volkstagesrat wurde von den Mitgliedern der S. P. D. folgender Antrag vorgelegt:

Die Volkstagesratsmitglieder der S. P. D. werden beauftragt, im Volkstagesrat dahin zu wirken, daß der Beschluß der Volkstagesammlung betreffs des Genossen Richter, wieder aufgehoben wird. Wird die Aufhebung dieses Beschlusses von den Mitgliedern der U. S. P. D. und S. P. D. des Volkstagesrats in ihren Fraktionsversammlungen nicht erreicht, werden sowohl die Mitglieder des Volkstagesrats wie die gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der S. P. D. wie D. P. D. den Volkstagesratsmitgliedern fern.

Nach längerer Aussprache haben die Mitglieder des Volkstagesrats, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, folgende Erklärung abgegeben:

- 1. Die gegenwärtige Zusammensetzung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins ist unbillig. Sie entspricht nicht im Mindesten den Grundgesetzen des Rätekriteriums.
- 2. Ein Volkstagespräsident kann niemals zugleich als kommunaler Arbeiterrat tätig sein. Die kommunalen Arbeiterräte müssen von den Stadtverwaltungen zu kontrollieren. Die Stadtverwaltungen sind ein Teil der Stadtverwaltung. Der Volkstagesratsvorsitzende ist ein Teil der Stadtverwaltung. Der Volkstagesratsvorsitzende ist ein Teil der Stadtverwaltung.

Reber dieser Verwaltungen (der Volkstagespräsident) kann also nicht in einer Person den Kontrolleur und den zu Kontrollierenden vereinen.

3. Die Bestimmungen über die Wahl der kommunalen Arbeiterräte sind unklar und lassen Unklarheiten, wie die vorstehend festgestellten, zu, und solange diese Bestimmungen nicht klar gestellt sind, muß sich jeder mit den daraus entstehenden Unklarheiten abfinden.

4. Da die Wahl eines Polizeipräsidenten als kommunaler Arbeiterrat den elementarsten Grundgesetzen des Rätekriteriums ins Gesicht schlägt und dagegen Protest eingelegt werden muß, kann ein Polizeipräsident nur solange Mitglied der Volkstagesammlung sein, bis seine Wahl rückgängig gemacht worden ist. Solange das nicht geschehen ist, kann derselbe nicht aus der Volkstagesammlung ausgeschlossen werden. Der kommunale Ausschuh des Volkstagesrats wird beauftragt, dahin zu wirken, daß bei der Zusammensetzung der kommunalen Arbeiterräte keine großen Verstöße gegen den Rätekriterium verübt werden.

5. Der Antrag der S. P. D. und der D. P., der von den Fraktionen der U. S. P. D. und S. P. D. eine Aufhebung des Beschlusses der letzten Volkstagesammlung verlangt, ist unannehmbar, da Beschlüsse der Volkstagesammlung nur von dieser, niemals aber von Fraktionen aufgehoben werden können. Es muß der nächsten Volkstagesammlung überlassen bleiben, zu dem Antrag der S. P. D. und D. P. Stellung zu nehmen.

Die Fraktion der U. S. P. D. hält an der Hand des stenographischen Protokolls der Volkstagesammlung fest, daß kein Antrag auf Ausschuh des Polizeipräsidenten Richter gestellt worden ist, sondern nur ein Protest vorgelegt hat. Der Vorsitzende hat den Protest als Antrag aufgeschoben und letztendlich als Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung gebracht. Dadurch ist eine Vermittlung innerhalb der Volkstagesammlung entstanden, die dann den Beschluß zur Folge hatte. Aber auch wenn ein Antrag auf Ausschuh des Polizeipräsidenten Richter gestellt worden wäre, dürfte derselbe nicht im Rahmen der Geschäftsordnung behandelt, sondern müßte zur Diskussion gestellt werden, wobei nach einem bereits vorgelegten Beschluß der Volkstagesammlung dem Antragsschlichtigen die Möglichkeit einer Rechtsfertigung gegeben werden mußte.

Der Volkstagesrat ist der Meinung, daß durch eine erneute Aussprache in der Volkstagesammlung dieser Zwischenfall ohne Schwierigkeiten erledigt werden kann.

Diese Erklärung wurde dann den Fraktionen überreicht. Die nächste Volkstagesammlung findet am Sonnabend, den 10. Mai, statt. Als erster Punkt der Tagesordnung ist die Erledigung des Antrages der S. P. D. vorgesehen.

Des weiteren nahm der Volkstagesrat Stellung zu der Entscheidung der Arbeiterräte. Die Verordnung des Finanzministeriums vom 13. Januar hat erhebliche Unklarheiten geschaffen, so daß sich ein Teil der Unruhen verdankt, die durch die Tätigkeit der Arbeiterräte entstehenden Kosten zu übernehmen. Der Volkstagesrat wird erneut mit dem Finanzminister über die Frage verhandeln und glaubt dadurch eine schnelle Entscheidung herbeiführen zu können.

Groß-Berlin.

Der verkaufte Reichstag.

Die Regierungsdarbeiten im Reichstagsgebäude, das für die Nationalversammlung vollkommen neu hergerichtet werden muß, stoßen auf eine neue sehr ernsthafte Schwierigkeit. Die vom Reichstag des Innern eingesetzte Untersuchungskommission hat die Bestimmung machen müssen, daß das ganze Reichstagsgebäude von ungeziefer, von Käufen, befreit zu werden. Die zunächst in Anwendung gebrachten Mittel haben sich als wirkungslos erwiesen. So ist denn über den Reichstag eine Sperre von vierzig Tagen verhängt worden. Diese Sperre dürfte nach Ansicht der medizinischen Sachverständigen genügen, um das Ungeziefer absterben zu lassen. Gegenwärtig ist auch eine Kommission des Finanzministeriums bemüht, die Höhe der Schäden zu ermitteln, die in dem Gebäude angerichtet worden sind. Der Schaden wird oberflächlich auf über eine halbe Million Mark geschätzt. Im ehemaligen Bundesratsaal sind allein 30 Redersessel, deren Anfertigung im Frieden pro Stuhl 2000 Mark kostete, „abgelebert“ worden. Außerdem sind die sehr wertvollen, mit Kunstbesitzerart gebliebenen Vorhänge aus Sammet spurlos verschwunden. Selbst ein 28 Zentner schwerer Bronze-Kandelaber war von seinem Sockel abgeschraubt worden, doch konnte der Diebstahl durch Angehörige des Reichstages nachträglich verhindert werden. Die Wiederherstellungsarbeiten, namentlich im Sitzungssaal, dürften etwa 3 Monate in Anspruch nehmen. — Die „Schulgruppe“ die hier unter besonders strenger Protection des „Vorwärts“-Redakteurs Kuttner gebaut hat, kommt der Reichstagskasse nunmehr recht teuer zu stehen.

Revolutionär Stampfer.

Der Verleitetatter des „3-Uhr-Abendblatt“ meldet, telegraphisch notifiziert, aus Verfall: Vor dem Hotel Turbelle eine Schar amerikanischer Inoperatore und hat um Spezialaufnahme des „Vorwärts“-Redakteurs Stampfer, der als Revolutionär amerikanische Leser besonders zu interessieren scheint.

Da hat sich der Verleitetatter wohl nur einen Scherz leisten wollen. Der Chefredakteur des „Vorwärts“ kann in tausend journalistischen Sätieln reiten, Revolutionär war er noch niemals.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.!

Am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, findet eine Fraktionsitzung aller Arbeiterräte, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, im Herrenhaus, Leipziger Straße, statt. In dieser Versammlung soll Stellung genommen werden zu den Vorgängen, die zu dem frühzeitigen Abbruch der letzten Volkstagesammlung führten. Wir ermahnen um das pünktliche Erscheinen aller Arbeiterräte.

Der Fraktionsvorstand.

J. A.: Koch.

Leichenfund am Liegenssee.

Auf ein Verbrechen, das offenbar erst in den letzten 24 Stunden verübt worden ist, deutet ein schauriger Fund, den Anwohner des Liegenssees am gestrigen Montag nachmittag machten. Am Nordufer des Sees bemerkten Passanten ein im Wasser treibendes Paket. Sie brachten das Bündel ans Ufer und stellten als Inhalt fest den Leiche eines Mannes. Der Kopf und die bezauberten Arme einer Leiche. Der Kopf und die Extremitäten fehlten vollständig, dagegen fand man Fleckenteile des Leichens. Die Umhüllung des Pakets bestand aus mehreren Zeitungsbelegblättern, darunter die „Freiheit“ vom 22. bis 28. März d. J. Die Leiche wurde sofort dem Leichenschauspieler der Charlottenburger Leichenhalle übergeben. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß der Tod der unbekannt Person erst vor 24 Stunden eingetreten sein kann, da das Fleisch

und die Hautschichten sich noch in vollkommen frischem Zustand befinden. Da auch die Eingeweide und innere Teile zum allergrößten Teil fehlen, konnte auch bisher noch nicht festgestellt werden, ob es sich bei dem Toten um einen Mann oder um eine Frau handelt. Gewisse Merkmale lassen jedoch darauf schließen, daß die ermordete Person etwa 40 Jahre alt gewesen und von wohlwollender Natur war. Die Leichenteile wurden photographiert und sodann in das Charlottenburger Leichenhaus gebracht. Für die Ermittlung des Täters wird seitens der Behörde eine Belohnung ausgesetzt. Personen, die Anhaltspunkte zu geben in der Lage sind, wollen sich im Charlottenburger Polizeipräsidium, Zimmer 137, melden.

Achtung! Die Volkstagesammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins findet nicht am Dienstag, sondern am Sonnabend statt. Wir verweisen im übrigen auf den Bericht des Volkstagesrats.

Angehörige von Inhaftierten, die gewillt sind, ihren in Haft befindlichen Angehörigen Lebensmittel zu bringen, werden gebeten, Dienstag nachmittag von 4 Uhr ab oder Mittwoch vormittag von 9 Uhr ab Lebensmittel im Bureau der U. S. P. D., Schilderstr. 5, abholen zu wollen.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel für solche Gefangene, die keine Angehörigen haben, den Freunden und Bekannten, die sich um diese Gefangenen bekümmern, von den Gefängnisbeamten nicht abgenommen worden sind. Es wurde auf eine entsprechende Verfügung des Justizministers verwiesen. Wir fragen hier in aller Öffentlichkeit den Justizminister, ob er eine solche Verfügung, die einen laienamen Kunterd für viele Gefangene bedeuten würde, erlassen hat, oder ob es sich nur um Willkürakte untergeordneter Personen handelt.

Rechtss. Bei der Reise in der Vereinshauserei ist ein Trauring verloren gegangen; abzugeben bei Otto, Sobrechtstr. 14, Cnregeb. IV. — Ein Potentilldüssel gefunden; abzugeben im Wahlvermittlungsbureau.

Int. Bund der Kriegesbeschädigten und Kriegesblutverlebten. Ortsg. Neukölln. Dienstag abend 7 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Koller-Friedrich-Str. 206/208, öffentliche Versammlung. — Ortsg. Gruppe Pankow. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch abend 7 Uhr bei Struch, Drehtstr. 18. — Bezirk Nordost. Mittwoch abend 7 Uhr Bezirksversammlung in der Bogom-Bräuerel, Prenzlauer Allee 247.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats gelangen in Berlin je Abschnitt 16 und 22 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 250 Gramm und je Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte 500 Gramm, zusammen also 2 Pfund Wärmeloh, zur Ausgabe. Der Kleinhandelspreis beträgt 1,90 M. für ein Pfund. Die Ausgabe findet in den durch ein Ausschreibungsbild gekennzeichneten Geschäften am Dienstag, den 6. Mittwoch, den 7. und Donnerstag, den 8. Mai statt. — Die Zeit zur Ausgabe des ausländischen Lebensmittel auf Abschnitt C1 der Einfuhrkarte, die mit Dienstag, den 6. d. M. ablaufen sollte, wird bis zum Sonnabend, den 10. d. M., verlängert. Bezugsberechtigten, die das Mehl in ihrem zuständigen Kleinhandelsgeschäft nicht erhalten, können sich an die nächstgelegene Kronenbrotvertriebsstelle wenden.

Pankow. Vom Mittwoch auf Abschnitt 4 der allg. Lebensmittelkarte 250 Gramm Runkelrübe. — In dieser Woche bleibt die Führung der A, B- und C-Karten um je 1/4 Liter bestehen. Die M-Lieferantenkarten werden von jetzt ab wieder mit Milch besetzt.

Spandau. Gegen Abrechnung von Feld 220 der Lebensmittelkarte ist in den einschlägigen Geschäften der Reichshof, rechts der Schönwalder Straße, 1/2 Pfund Weichkäse zum Preise von 50 Pf. zu haben.

Mitgliedsliste. 250 Gramm Gruppen, 1 Spring, 50 Gramm Brot, 125 Gramm Auslandsfleischwaren, 20 Gramm Auslandsmehl oder 40 Gramm Weizenmehl, 250 Gramm Runkelrübe, 5 Pfund Kartoffeln, für Jugendliche 2 Suppenmehl. Die Anmeldung der Karte für Jugendliche hat bis einschließlich Dienstag, den 6. d. M., zu erfolgen. Bei Abgabe von 400 Gramm Weizenmehl sind die FII-Marken in Gegenwart des Käufers blau zu durchkreuzen.

Aus den Organisationen.

Arbeiter Kreis. (Jugendsektion.) Freitag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Frankfurter Allee 1, Vortrag des Genossen W. Schenk über „Sozialistischer Propaganda“. Die Sektionsektion.

Schüler Kreis. 7. Abteilung. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Schulaula, Sonnenburger Str. 20. Vortrag des Genossen Wilhelm Denker: Aufgaben und Ziele der U. S. P. D.

Neukölln. Dienstag abend 6 1/2 Uhr Sitzung der neu gewählten Vorstandmitglieder im Bureau Redarstr. 2.

Neukölln. 3. Viertel. Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, für den 13. bis 18. Bezirk in der Aula der Oberrealschule, Emser Str. 107, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Rätekriterium und Rätekriterium. Referent: Siemert.

Teledruckscheide. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr gemeinsamer Johlabend im Saal von Vondorf, Berliner Str. 18. Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes treffen sich bereits um 6 1/2 Uhr bei Vondorf.

Stettin. Mittwoch abend 7 Uhr Generalversammlung der Stettiner, Alt-Stettin 5. Tagesordnung: Berichte der Bezirksleitung, Rechnungsbericht der Bezirksleitung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder.

Tegel. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr bei Homseh, Hauptstraße, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Schwenk.

Kreis Jugend Neukölln. Saal abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Regalstr. 15. Vortrag: „Die Frau und der Sozialismus.“

Kreis Jugend Kaulsdorf-Weißensee. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Schwarz, Kaulsdorf, Hönemann-Str. 5, Gründungsversammlung. Thema: Zweck und Ziele der freien Jugend.“

Kreis Jugend Charlottenburg. Dienstag: Jung-Gebenschele. Unsere Veranstaltungen finden jeden Donnerstag und Freitag um 7 1/2 Uhr im Lokal Thelen, Kaiser-Friedrich-Str. 40b, statt.

Kreis Jugend Rosenhäger Vorstadt. Dienstag abend 7 1/2 Uhr in der Semmerdstraße 10, Zimmer 3, Vortrag: Karl Marx' Leben und Wirken.

Kreis Jugend Gesundbrunnen. Dienstag abend pünktlich 7 1/2 Uhr im Lokal von Mann, Briesener Straße, Ecke Ch. (Königs-) Straße.

Kreis Jugend Gruppe Nordost. Mittwoch abend 6 1/2 Uhr im Lokal von Varies, Hufelandstr. 22, Vortrag über die Anforderungen der Jugendlichen.

Kreis Jugend Friedrichsfelde. Mittwoch abend 6 1/2 Uhr in der Schule Rummelsburger Straße. Vortrag: Zweck und Ziele der freien Jugend.“

Spiel und Sport.

Turnverein „Athen“. Die 16. Männer-Abteilung turnt vom Dienstag, den 6. Mai, ab, jeden Dienstag und Freitag abend, von 8-10 Uhr, in der Turnhalle des Sophien-Gymnasiums, Steinstr. 29/30. Gäste willkommen.

Arbeiter-Küsten-Bund (Kreis 4, Groß-Berlin). Am 8. Mai, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Behrend, Rantauellstr. 26, die diesmonatliche Mitglieder-Sitzung statt.

Briefkasten.

H. S. Schreiben Sie sofort unter Angabe des Zweckes und des näheren Umfanges an Ihren Erstlingsreporter und ersuchen Sie diesen, Ihnen wenigstens beizustimmen zu wollen, daß Sie vom 3. Oktober 1913 bis 1. August 1914 aktiv dienen.

H. S. Wie sich die gesetzlichen Bestimmungen über die unehelichen Kinder in Zukunft gestalten werden, ist noch höchst unklar. Wir glauben jedoch nicht, daß die entsprechenden Bestimmungen so weit gehen werden, daß sie den Vater von seinen Pflichten vollständig entbinden.

